

den, nämlich je nach Bedarf mal als Teil der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, mal als selbstständige Partei zu agieren. Die anderen Parteien wiederum stören sich, dass die „Regionalpartei CSU“ beispielsweise in Fernsehrunden „der im Bundestag vertretenen Parteien“ als gleichberechtigt neben den bundesweit vertretenen Parteien auftritt.

Die CSU provoziert „als bayerische Partei mit bundespolitischem Anspruch und europäischer Verantwortung“ nicht nur die politischen Wettbewerber. Sie hat der CDU im Laufe der Jahrzehnte ebenfalls viel Ärger bereitet; schon Helmut Kohl wusste ein Lied davon zu singen. In der CDU denkt noch mancher mit großer Wut an den CSU-Beitrag zur Demontage des Kanzlerkandidaten Armin Laschet zurück. Gleichwohl war die Eigenständigkeit der bayerischen „Schwester“ für die CDU bei Bundestagswahlkämpfen von Vorteil. Das konservativere, kantigere, populistischere Programm der CSU bewegte außerhalb des Freistaats viele Wähler, ihr Kreuz bei der CDU zu machen. Sie gehen nämlich davon aus, in Berlin würden die Bayern – wie einst in Bonn – die CDU schon auf dem rechten Kurs halten. Eher liberal eingestellte bayerische Wähler vertrauten darauf, die CSU werde im Bund notfalls von der CDU eingehegt. Alles in allem eine Win-win-Situation für beide.

Solche Wahlrechtsveränderungen erinnern fatal an Viktor Orbán

Die Wahlrechts-Modellierer von SPD, Grünen und FDP wussten also sehr wohl, was sie taten, als sie die Grundmandatsklausel strichen. Wenn das Gesetz vor dem Verfassungsgericht Bestand hat, könnte es 2025 passieren, dass die CSU die meisten der 46 bayerischen Wahlkreise gewinnt, aber keinen einzigen Abgeordneten nach Berlin schicken kann, wenn sie es bei den Zweitstimmen nicht zugleich auf 5,0 Prozent bringt. Zur Erinnerung: 2021 waren es 5,2 Prozent, 2017 noch 6,2 Prozent.

Was eine Eliminierung der CSU via Wahlrecht bedeutete, liegt auf der Hand: Die CDU hätte so gut wie keine Chance mehr, im Bundestag die stärkste Fraktion zu stellen. Selbst in der Ampel scheint einigen zu dämmern, dass solche Wahlrechtsveränderungen fatal an Viktor Orbán und seine „illiberale Demokratie“ erinnern. Es ist also nicht ausgeschlossen, dass die Koalition der Union anbietet, das Wahlrecht noch so abzuändern, dass CDU und CSU eine Listenverbindung eingehen können. Das ist nach geltendem Recht nicht möglich. Dann würde die CSU indirekt zum 16. Landesverband der CDU deklassiert, was ihre Stellung innerhalb der Union nachhaltig schwächen würde.

CSU kann ihre Eigenständigkeit nicht aufgeben

Für die CSU bildet die Eigenständigkeit jedoch den Markenkern. Ohne dieses Alleinstellungsmerkmal wäre sie eine andere Partei und nicht mehr die „genialste Erfindung der Bundesrepublik“ (Söder). Dann könnte sie bayerische Interessen in der Bundespolitik nicht mehr effektiver vertreten als die Landesverbände anderer Parteien. Genau das hat ihr in Bayern vor allem gegenüber der SPD zu einem deutlichen Wettbewerbsvorteil verholfen.

Die Regierungsparteien verfolgen das vernünftige Ziel, den Bundestag zu verkleinern. Die Ampel-Ultras tun das auf eine Weise, die der CSU – und damit auch der CDU – den größtmöglichen Schaden zufügen soll. Mit der Streichung der Grundmandatsklausel haben die rot-grün-gelben Wahlrechtsmatadoren – siehe Kuhle – ihren Aversionen gegen Bayern und die CSU freien Lauf gelassen. Die Aktion „Zieht dem Söder die Lederhose aus“ macht ihnen sichtlich Spaß. Auf die Euphorie könnte jedoch am 8. Oktober die Ernüchterung folgen – wenn die bayerischen Wähler sich an die FC Bayern-Hymne halten: „Stern des Südens, du wirst niemals untergehen, weil wir in guten wie in schlechten Zeiten zueinander stehen.“ Schauen mer mal. ■



Medienkompetenz aus einer Hand

Grafikdesign, Printdesign, Webdesign, Programmierung und im IT Bereich

www.k6-medien.de

E-Mail: info@k6-medien.de